

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses III vom 7. Oktober 2021

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 807 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Prämie für Auszubildende in einem Baugewerbe**

Am Mittwoch, den 15. September 2021, stellten die wallonischen Minister die Maßnahmen zur Entschädigung für die Betroffenen der Überschwemmungen Mitte Juli vor. Unter anderem wurde beschlossen, dass allen, die eine Ausbildung in einem Baugewerbe beginnen und erfolgreich abschließen, eine Prämie von 2000 Euro netto gewährt wird.

Daher meine Frage:

- *Welche Prämie sieht die DG-Regierung hier vor?*
- *Wann können die Auszubildenden damit rechnen?*

• **Frage Nr. 808 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Umsetzung der Resolution des DG-Parlaments zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten**

In einer am 28. Juni 2021 verabschiedeten Resolution forderte unser Parlament die DG-Regierung unter anderem auf,

- dafür zu sorgen, dass Initiativen zur kostenfreien Zurverfügungstellung von Menstruationsprodukten in den Primar, Sekundar-, Hoch- und Förderschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie in den Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands (ZAWM) ins Leben gerufen oder weiter ausgebaut werden.
- Außerdem soll die Regierung öffentliche Sensibilisierungskampagnen zur Enttabuisierung der Periode, zu Qualität, Produktpalette, Nachhaltigkeit und Hygiene der verschiedenen Menstruationsprodukte und zur sexuellen Gesundheit für alle Altersgruppen und in einfacher Sprache zu fördern;

Hierzu meine Frage:

- *Welche konkreten Maßnahmen hat die Regierung der DG bisher für die Bildungseinrichtungen beschlossen?*
- *Wurden die zuständigen Fachbereiche des Ministeriums bereits über die Inhalte der Resolution schriftlich informiert?*
- *Inwiefern wurden die Schulträger in die bisherige Planung einbezogen?*

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

• **Frage Nr. 809 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Projekt KomAn**

Mit sehr großem Interesse haben wir die Bekanntgabe des Projektes KomAn verfolgt. Genau das hat die Ecolo Fraktion schon unter Franziska Franzen immer wieder gefordert: Langjährige Berufserfahrung und Kompetenzen sichtbar machen und anerkennen lassen, sodass Menschen ohne Diplom mehr Möglichkeiten für ihre berufliche Zukunft haben.

Das kann eine wichtige Möglichkeit für Zugezogene sein, die aus ihren Ländern häufig praktische Kenntnisse aber keine anerkannte Ausbildung mitbringen. Aber auch für Hiesige, die auf dem Arbeitsmarkt bislang eher niederschwellig beschäftigt waren, kann das eine Möglichkeit sein, von ihrer Berufserfahrung zu profitieren. Zu einigen Punkten besteht in unseren Augen noch Unklarheit

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Wenn ein Teilnehmer am Ende seines Verfahrens eine Kompetenzbescheinigung erhält, welchem "regulären" Diplom ist diese dann gleichzustellen?*
- *In der Wallonie bestehen in Zusammenarbeit mit dem FOREM auch andere Wege, die über Lehrgänge zu einer Qualifizierung führen können. Sind solche Möglichkeiten auch in der DG vorgesehen?*
- *Durch dieses Verfahren soll auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Beziehen Sie sich hier auf die möglichen Teilnehmer aus dem Ausland, die sich verpflichten nach dem Verfahren in Belgien zu arbeiten?*

• **Frage Nr. 810 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Einführung von IT- Beauftragten in den Sekundarschulen**

Mit dem letzten Sammeldekret im Juni wurde eine sehr wichtige und längst überfällige Maßnahme verabschiedet: Die Einführung von IT-Beauftragten in den Sekundarschulen.

Zu den Aufgaben des IT- Beauftragten gehört unter anderem, die Medienpädagogik in unseren Schulen voranzutreiben, die Lehrpersonen bei der Auswahl von und der Arbeit mit digitaler Unterrichtssoftware zu beraten und zu unterstützen. Auch die Anschaffung von IT-Material, sowie dessen Verwaltung und Unterhalt fallen in seinen Aufgabenbereich.

Vor Inkrafttreten dieser Maßnahme haben diese Aufgaben bereits Lehrpersonen intern, ehrenamtlich übernommen, oder das Stundenkapital dazu wurde an anderer Stelle abgezackt. Die beschriebenen Aufgaben sind nämlich nicht neu und die Schulen mussten sich zu helfen wissen, um sie bewältigen zu können.

Da alle Lehrpersonen in diesem Schuljahr mit Laptops ausgestattet werden sollen, wird sich der Aufwand im Bereich der Informatik selbstverständlich weiter erhöhen.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Wie viele Schulen konnten die Stelle des IT-Beauftragten besetzen?*
- *Wie viele Stellen sind mit Personen besetzt, die bereits vorher im Unterrichtswesen tätig waren?*
- *Wie viele Stellen sind mit Personen mit einem Bachelor Diplom (dekretal bevorzugtes Diplom) in Informatik eingestellt worden?*

• **Frage Nr. 811 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Personalmangel der außerschulischen Betreuung des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung in der DG**

Der akute Personalmangel an verschiedenen Standorten der außerschulischen Betreuung (AUBE) des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung in der DG (RZKB) ist besorgniserregend.

Neben den in meiner anderen mündlichen Frage erwähnten Diplomanforderungen spielen dabei auch die Arbeitsbedingungen eine Rolle: Meistens handelt es sich um eine Halbtagsstelle, deren Stunden morgens vor und nachmittags nach der Schule geleistet werden müssen. Darüber hinaus sind diese manchmal auch noch auf verschiedene Standorte verteilt.

Bevor einige Standorte aufgrund von Personalmangel möglicherweise komplett schließen müssen und es für Familien mit zwei berufstätigen Eltern zu einem Betreuungsengpass kommt, sollten dringend Lösungen her.

Die 5 Gemeinden im Süden der DG haben die Idee geäußert, die AUBE selbst zu organisieren. Dies würde zwar in einigen Gemeinden zu einer Trennung der AUBE vom RZKB bedeuten, den Gemeinden aber mehr Handlungsspielraum bieten, um Personalengpässe zu überbrücken, was wiederum der AUBE zugute kommen könnte. Personal könnte demnach für mehrere Funktionen, wie beispielsweise als Kindergartenassistent und Kinderbetreuer eingestellt werden, was sowohl im Interesse des Personals als auch der AUBE sein dürfte.

Die Vivant-Fraktion begrüßt jede konstruktive Diskussion, die zu einer Lösung des gegenwärtigen Personalmangels in der AUBE beiträgt. Die Kinder brauchen verlässliche Betreuungspersonen und die Familien eine verlässliche Kinderbetreuung!

Unsere Fragen zu diesem Thema lauten wie folgt:

- *Gibt es AUBE-Standorte, die von der akuten Gefahr einer Schließung betroffen sind?*
- *Sind Sie über die Idee der 5 Eifel-Gemeinden, die AUBE selbst organisieren zu wollen, informiert?*
- *Wie ist Ihre Meinung zu dieser Idee, die AUBE in einigen Gemeinden von diesen selbst organisieren zu lassen?*

• **Frage Nr. 812 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zur Weiterbildung „Förderung von Schülern mit besonderer Begabung“**

Die Weiterbildung „Förderung von Schülern mit besonderer Begabung“, welche die Deutschsprachige Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Uni Mons anbietet, wurde zur Besetzung der letzten freien Plätze auch für externe Personen geöffnet. Neben Lehrkräften können sich somit auch Selbstständige und Personalmitglieder von Einrichtungen für die Weiterbildung einschreiben, welche in ihrem Alltag mit Kindern mit besonderer Begabung arbeiten. Das berichtete das Grenzecho am 11. September 2021.

In einer entsprechenden Pressemitteilung schreiben Sie dazu: „Wir möchten in der ostbelgischen Förderpädagogik jeden einzelnen Schüler und seine spezifischen Bedürfnisse in den Mittelpunkt rücken und ihm die bestmögliche Förderung zukommen lassen. (...) In den letzten Jahren wurde vermehrt Hochbegabung in den ostbelgischen Bildungseinrichtungen diagnostiziert. Diese Schüler sind teilweise im normalen Regelunterricht unterfordert, was zu Verhaltensauffälligkeiten beim Kind führen kann. Wir müssen ihnen ermöglichen, ihre Potenziale frei entwickeln zu können. Dazu benötigen wir

entsprechend geschultes Personal inner- und auch außerhalb unserer Bildungseinrichtungen.“

Dass es wichtig ist, jedem Schüler die Förderung zukommen zu lassen, die er braucht, kann an dieser Stelle nur nochmal unterstrichen werden. Auch, dass es dazu adäquat geschultes Personal braucht, liegt auf der Hand. Und dass auch das betreuende Personal - außerhalb von Schulen - für die besonderen Bedarfe der einzelnen Schüler geschult ist, kann nur ein Mehrwert sein.

Meine Fragen an Sie, Frau Ministerin, lauten:

- *Konnten alle freien Plätze für diese Weiterbildung besetzt werden?*
- *Aus welchen Berufsgruppen setzt sich die Teilnehmerliste zusammen?*

• **Frage Nr. 813 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Analyse der Auswirkungen der Beibehaltung des Schuljahresrhythmus in Ostbelgien**

Die Französischsprachige Gemeinschaft beschloss bereits, ihren Schuljahresrhythmus anzupassen; dies, nachdem die eventuell damit verbundenen Vor- und Nachteile im Vorfeld immer wieder - und mitunter während Jahrzehnten - für Diskussionen gesorgt haben. Derweil startet das neue Schuljahr in der FG am 29. August 2022.

Auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist der Schuljahresrhythmus ein wiederkehrendes Thema, wobei durch die Entscheidung der FG die Diskussionen auch hierzulande an Intensität zugenommen haben.

Im April erklärten Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, in diesem Ausschuss wortwörtlich: „Bis Ende September werden wir analysieren, welche Auswirkungen die Beibehaltung – und sei es nur eine vorübergehende Beibehaltung – des Schuljahresrhythmus in Ostbelgien bei gleichzeitiger Umsetzung des 7/2-Modells in der Französischen Gemeinschaft hat, sodass wir den Handlungsbedarf für unsere Gemeinschaft im Hinblick auf das Schuljahr 2022-2023 identifizieren können.“

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie wurde diese Analyse durchgeführt?*
- *Welche Akteure wurden in diesem Verfahren einbezogen?*
- *Welche Erkenntnisse können aus dieser Analyse gezogen werden?*

• **Frage Nr. 814 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Digitalisierung in den Erwachsenenbildungseinrichtungen**

Im Zuge der Corona-Krise sahen die verschiedenen Erwachsenenbildungseinrichtungen der DG sich veranlasst, verstärkt im Bereich Digitalisierung tätig zu werden. Dabei konnte diese Intensivierung verschiedene Formen annehmen, zum Beispiel was ihre interne Funktionsweise oder ihre Angebotspalette betrifft. Zudem war diese Intensivierung sowohl mit größerem administrativem und organisatorischem Aufwand als auch mit zusätzlichen Ausgaben verbunden.

Auch wenn selbstverständlich Kurse in Präsenz beibehalten werden müssen, bieten Online-Kurse und Hybridkurse ebenfalls einige Vorteile. Um ein möglichst vielfältiges Angebot zu schaffen und einem größtmöglichen Teil der Bevölkerung die Teilnahme zu ermöglichen, ist es daher wichtig, sowohl Präsenzkurse als auch Hybridkurse und Online-Kurse

anzubieten. Grundvoraussetzung für die beiden letzten Angebotsschienen ist natürlich das Vorhandensein ausreichend schneller und leistungsstarker Internetverbindungen und zwar in allen 120 Ortschaften der DG.

In der Regel ist es sinnvoll, erst den genauen Bedarf zu ermitteln und eine Strategie für eine schrittweise Digitalisierung auszuarbeiten, um dann verstärkt in entsprechende Angebote zu investieren. Im spezifischen Corona-Kontext musste jedoch sehr schnell reagiert werden, um das Fortbestehen möglichst vieler Angebote zu ermöglichen. Darüber hinaus kann es durchaus sein, dass der Digitalisierungsprozess noch weitergeführt und mitunter auch logistisch bzw. technisch nachgerüstet werden muss.

Als SP-Fraktion räumen wir der Erwachsenenbildung seit jeher einen äußerst hohen Stellenwert ein, nicht zuletzt was ihre Hebelwirkung auf Ebene der gesellschaftlichen Bildung oder auch der sozialen Emanzipation betrifft. Wir erwarten daher, dass die in diesem Bereich tätigen Einrichtungen bestmöglich begleitet und unterstützt werden.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie wurden die Erwachsenenbildungseinrichtungen in der Coronazeit insbesondere bei der Digitalisierung unterstützt?*
- *Welche künftigen Unterstützungsmöglichkeiten ziehen Sie diesbezüglich in Betracht?*
- *Welchen konkreten Bedarf der Erwachsenenbildungseinrichtungen möchten Sie diesbezüglich verstärkt unterstützen?*

• **Frage Nr. 815 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur Impfkampagne an den Schulen der DG**

Ihre Kollegin, Frau Ministerin Caroline Désir, der Fédération Wallonie-Bruxelles, hatte im August diesen Jahres in einem Interview in der Fernsehsendung RTL INFO über den Einsatz von Impfbussen an Schulen in Brüssel gesprochen. Eine weitere Möglichkeit sah sie in mobilen Teams, die zu den Schulen fahren. Hintergrund sei die geringe Impftrate in der Region Brüssel.

Die Bildungsministerin wies darauf hin, dass dies vielleicht eine Möglichkeit wäre Familien und Teenager zu erreichen, sowie deren Fragen zu beantworten.

Nun haben uns besorgte Eltern kontaktiert, da sie befürchten, dass bei solchen Aktionen keine tiefgründige und korrekte Aufklärung über die Nebenwirkungen stattfindet. Sie möchten wissen, ob die DG eine Impfkampagne, sei es durch Kaleido, den Einsatz von Impfbussen oder anderen mobilen Teams, an den Schulen der DG plant.

Wie Sie aus unseren diversen Stellungnahmen im Parlament wissen, stehen wir der Corona-Impfung kritisch gegenüber. Was die Kinder und Jugendlichen betrifft, so zeigen die Zahlen von Sciensano bis heute, dass diese statistisch so gut wie gar nicht von der Krankheit betroffen sind. Nach Meinung vieler Wissenschaftler sind sie zudem kaum an der Verbreitung des Virus beteiligt. Ein Nutzen ist somit quasi nicht vorhanden aber das Risiko schwerwiegender Nebenwirkungen bleibt.

Insofern können wir die Vorgehensweise von Ministerin Caroline Désir nicht nachvollziehen.

Und deshalb habe ich folgende Fragen an Sie:

- *Wie stehen Sie zum Einsatz von Impfbussen bzw. mobilen Teams an Schulen, wie es Frau Caroline Désir angekündigt hat?*
- *Planen Sie eine Intensivierung der Impfkampagne an den Schulen der DG?*
- *Planen Sie den Einsatz von Impfbussen oder mobilen Teams an Schulen der DG?*